Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Aus Pest meldet man, daß Graf Kalnoky infolge einer Erkältung, die er sich am Sonntag auf der Reise nach Wien zugezogen hat, erkrankt ist. In der österreichischen Delegation sollte gestern das Ministerium des Aeußern verhandelt werden, mit Rücksicht auf die Erkrankung des Ministers und da Hoffnung vorhanden ist, daß derselbe nach einigen Tagen sich so weit erholt haben werde, um die Reise nach Pest machen zu können, wurde die Berathung dieses Kapitels vorläufig vertagt. — Die vom Ausschusse der ungarischen Delegation angenommene Resolution Koloman Szells gegen die geplante Erhöhung der Friedens-Präsenzstärke ist keiner schroffen Abweisung gleich zu achten. Sie besagt, daß die Erhöhung des Friedens-Präsenzstandes mit den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen kaum zu vereinbaren sein werde, überläßt jedoch die definitive Stellungnahme zur Frage der künftigen Delegation. — Zur Erwerbung Helgolands durch Deutschland sagt der Pester Lloyd, es sei dies der erste große Erfolg der deutschen Kolonialpolitik, und die deutsche Nation werde es dem Reichskanzler von Caprivi hoch anrechnen, daß er durch die erste internationale Negotiation, die er führte, dem deutschen Vaterlande einen seit langer Zeit so sehnlich begehrten Besitz zuführte.

Bei der Besprechung der zwischen Deutschland und England getroffenen Vereinbarung schreibt das wiener „Fremdenblatt“: Alle Differenzen mit England, welche sich aus der deutschen Kolonialpolitik ergaben und stets eine Trübung der sonst so innigen Beziehungen zwischen beiden Reichen befürchten ließen, erschienen damit endgiltig beseitigt und die engste Annäherung Englands an Deutschland besiegelt. Beide Parteien haben Opfer gebracht, dafür aber auch erhebliche Vortheile errungen und ihre Interessensphären in Afrika mannehr klar begrenzt. Die Position Englands in Afrika wird durch sein Protektorat über Sansibar gekräftigt, dagegen wird die Erwerbung Helgolands in ganz Deutschland mit besonderem Jubel begrüßt werden. — Die „Presse“ bemerkt: Die Vereinbarung ist für beide Theile befriedigend. Die Engländer machten dabei kein schlechtes Geschäft, die Deutschen ein sehr gutes. Durch ihren Ausgleich wurden die Gegner des Friedens und der Freundschaft der Friedensmächte wieder um eine Hoffnung ärmer. — Die „Neue Freie Presse“ meint: Die Erwerbung Helgolands, mit welcher ein langgehegter nationaler Wunsch Deutschlands erfüllt ist, wiege in den Augen des Volkes einige Gebietsopfer in Afrika auf. Die Abtretung Helgolands an Deutschland verbürgt auf lange Zeit hinaus den Frieden mit England.

In Pest wurde gestern nachmittag in Anwesenheit sämmtlicher österreichischen und ungarischen Delegirten ein Probeschießen mit rauchschwachem Pulver abgehalten; ein Zug Infanterie schoß mit rauchschwachem, ein anderer mit gewöhnlichem Pulver, zuerst wurden die Schüsse einzeln, dann zugweise, schließlich wurde Schnellfeuer abgegeben; ebenso wurde auch die Intensität der Geschosse bei Anwendung rauchschwachen Pulvers beobachtet. Das Probeschießen rief vollkommene Befriedigung hervor.

Frankreich. Die Budgetkommission der Kammer nahm in ihrer gestrigen Sitzung den vom Finanzminister Rouvier eingebrachten Gesetzentwurf betr. die Aufnahme einer unkündbaren 3proz. Anleihe im Betrage von 700 Millionen Francs an. — Die Zollkommission des Senats stimmte den von der Deputirtenkammer bereits angenommenen Zöllen auf Mais und Reis zu.

Bei dem Bankette, durch welches dieser Tage die Société amicale des Alpes maritimes den dreißigsten Jahrestag des Anschlusses von Nizza an Frankreich feierte, hielt der Abgeordnete Raiberti eine höchst sonderbare Rede, in welcher er u. a. sagte: „Die Jahre 1860 und 1870 bilden verhängnißvolle Wendepunkte in der Geschichte, der eine der Liebe, der andere des Hasses. 1870 läßt den Willen der Völker als ein Nichts erscheinen und giebt der Gewalt der Waffen recht. 1860 zeigt die Stärke des Willens der Völker, betont ihre Freiheit und Brüderlichkeit und giebt für alle Zukunft ein hehres Beispiel.“ Die Zuhörer sind als gute Franzosen bei diesem Unsinn ernsthaft geblieben. Wer sich daran erinnert, mit welchen Mitteln Napoleon III. das Abstimmungsergebniß für den Anschluß an Frankreich in Nizza erzwang, den müssen die Phrasen des Herrn Raiberti außerordentlich heiter stimmen.

Italien. In der italienischen Deputirtenkammer wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Bestimmungen hinsichtlich der auf Grund des Gesetzes vom 27. April 1885 emittirten Eisenbahnobligationen, angenommen. Der einzige Artikel dieses Gesetzentwurfs bestimmt: „Die Ausgaben, für welche durch die Emission der 3prozentigen Eisenbahnobligationen Vorsorge getroffen ist, sollen in Zukunft durch die Emission von amortisirbaren Staatsobligationen im Nominalwerthe von je 500 Frcs. bestritten werden. Dieselben sollen 4prozentig und von jeder Steuer, jetzt und in Zukunft, frei sein. Zwanzig Jahre nach Emission dieser neuen Titres ist der Staat berechtigt, deren Rückzahlung vorzunehmen.“ — Der russische Bevollmächtigte für das Uebereinkommen zwischen Rußland und dem Vatikan, Iswolski, ist nach Rom zurückgekehrt.

Großbritannien. Wie bereits gestern kurz telegraphisch gemeldet wurde, sind die englischen maßgebenden Blätter mit dem deutsch-englischen Abkommen einverstanden, und selbst die Abtretung Helgolands an Deutschland findet statt des erwarteten Widerspruchs Billigung, da man sie als Entgelt für die erlangten werthvollen Zugeständnisse Deutschlands erklärt. Die „Morningpost“ erblickt in der Mäßigung, welche die Haltung Deutschlands charakterisire, einen weiteren Beweis dafür, daß seine Staatsmänner die der deutschen Kolonisation gesteckten geographischen und politischen Grenzen verstehen und keinen Wunsch hegen, die Freundschaft eines zuverlässigen Bundesgenossen zu riskiren. Der „Standard“ meint, gegen Abtretung einer Dependenz erlange England nicht nur ein glückliches Ende der diplomatischen Wirren in Afrika, sondern auch die herzliche Dankbarkeit seines deutschen Bundesgenossen. Die deutsche Freundschaft sei kostbar und müsse, wie alle andern Kostbarkeiten, mit einem Preise erkauft werden. „Daily Telegraph“, „Daily News“ und „Times“ billigen ebenfalls die Abmachungen, nur „Daily Chronicle“ ist, wie schon gestern gemeldet, unzufrieden und bezeichnet die Abtretung Helgolands als eine tiefe Demüthigung, welche nachtheilige Folgen haben dürfte.

Bei den vorgestrigen Verhandlungen des Oberhauses und des Unterhauses wurde das englisch-deutsche Abkommen über Afrika nicht erwähnt. Das Abkommen wurde durch die Veröffentlichung einer vom 14. Juni datirten Depesche Lord Salisbury's an den englischen Botschafter in Berlin, Sir Malet, bekannt gegeben. In dieser Depesche giebt Lord Salisbury die Umrisse des getroffenen Abkommens in fast mit dem Wortlaute des „Deutschen Reichsanzeigers“ übereinstimmender Weise wieder und führt als Beweggründe für die Abtretung Helgolands an, daß England Helgoland niemals als einen Punkt, der militärischen Werth besitze, behandelt habe. Die Insel würde in Kriegszeiten die Verantwortlichkeiten Englands erheblich vermehren, ohne zu dessen Sicherheit beizutragen. Lord Salisbury halte daher die Ausdehnung des englischen Einflusses in Ostafrika für einen hinreichenden Beweggrund zur Abtretung der Insel Helgoland.

Portugal. In Lissabon waren vorgestern abend besorgnißerregende Gerüchte in Umlauf. Man erzählte, daß in aller Eile Truppen von Mozambique nach Angola gesandt werden sollen, um eine angebliche englische Invasion abzuweisen. Auch nach Bibé soll Militär geschickt werden. In Quilimane herrscht große Aufregung. In der Deputirtenkammer bestätigte der Marineminister die am Schirefluß angesichts der Eingeborenen erfolgte Verbrennung einer portugiesischen Flagge und theilt mit, der Gouverneur von Mozambique sei mit dem britischen Konsul Johnston wegen Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Verhandlung getreten. Die portugiesischen Streitkräfte seien am Schirefluße südlich der Mündung des Ruo zur Sicherung der portugiesischen Oberhoheit zusammengezogen, es herrsche jedoch am Schirefluße Ruhe. Carvalho werde sich nicht in die Gegend nördlich des Ruofusses begeben, um nicht die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen mit England zu beeinträchtigen. Der Minister des Aeußeren erklärt, er habe vom englischen Kabinet wegen der Verbrennung der portugiesischen Flagge Erklärungen verlangt. Was die freie Schiffahrt auf dem Zambesi anbetreffe, so sei er noch nicht in der Lage, der Kammer darüber Mittheilungen zu machen, da die Verhandlungen dieserhalb noch nicht abgeschlossen seien.

Spanien. Der Kongreß der konservativen Deputirten wird ein Amendement zum Budget einbringen, welches der Regierung vorschlägt, eine Revision des Zolltarifs eintreten zu lassen, um den Schutz der nationalen Industrie zu sichern, die Einnahmen aus den Zöllen zu vermehren und die Beziehungen zu den fremden Mächten zu erleichtern.

Serbien. Narodny Dnewnik veröffentlicht ein Schreiben des serbischen Gesandten in Wien, in welchem derselbe erklärt, die in den Blättern veröffentlichten Berichte über seine Interviews enthielten viel Unrichtiges, auch vieles, was er in ganz anderer Form ausgesprochen habe.

Rumänien. Der Minister des Auswärtigen hat im Senat die Akten über das Handelseinkommen mit Frankreich hinterlegt zur Benutzung für die angekündigten Interpellationen betreffs Erneuerung der Handelsverträge. Infolge der Meldung vom Ausbruch der Rinderpest in Bulgarien hat das rumänische Gesundheitsamt strenge Maßregeln zur Verhinderung der Einschleppung getroffen.

Bulgarien. Der „Ag. bale“ zufolge hat die bulgarische Regierung an die Pforte eine Note gerichtet, in welcher sie die innere und äußere Lage Bulgariens, sowie die Behandlung der bulgarischen Bewohner Macedoniens bezüglich der Kultusausübung darlegt, welche in großem Gegensatz zu der Behandlung macedonischer Bewohner Bulgariens stehe; nach einer eingehenden Erörterung der aus der reservirten Haltung der Pforte, welche das Fürstenthum bei seinen fortwährenden Schwierigkeiten vollkommen im Stiche lasse, für den Bestand Bulgariens sich ergebenden Nachtheile appellirt die Note an die suzeräne Macht, sie möge der gegenwärtigen Lage des Landes durch Anerkennung des Prinzen Ferdinand und durch das Zugeständniß der Kultusfreiheit für die bulgarischen Bewohner Macedoniens, so wie sie die übrigen Völkerschaften im türkischen Reiche genössen, ein Ende machen. Würde die türkische Regierung billigen Wünschen des bulgarischen Volkes nicht gerecht, so müsse das Fürstenthum darin den Beweis dafür erblicken, daß es von der suzeränen Macht verlassen sei, und sich genöthigt finden, in den eigenen Kräften ein Mittel zu suchen, um aus einer dem Lande in jeder Hinsicht nachtheiligen Situation herauszukommen.

*

Kleinere telegraphische Mittheilungen.

* **Athen,** 18. Juni. Der König wird morgen auf dem Panzerfahrzeug „Sphacteria“ die Reise nach Aix-les-Bains über Brindisi oder Marseille antreten.

* **Haag,** 18. Juni. Die zweite Kammer genehmigte mit 48 gegen 37 St. den Gesetzentwurf, betreffend den Rückkauf der Rheinischen Eisenbahn und die Theilung des Betriebes des ganzen Eisenbahnnetzes zwischen einer holländischen Gesellschaft und der Gesellschaft zum Betriebe der Staatsbahnen.

* **Washington,** 17. Juni. Der Senat hat die Silber-Vorlage in der von der Repräsentantenkammer beschlossenen Fassung und mehrere Amendements genehmigt. Die Vorlage wird nunmehr an ein aus Mitgliedern der Kammer und des Senats zusammengesetztes Comité behufs weiterer Berathung zurückverwiesen.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

20. Sitzung vom 18. Juni, 11 Uhr.

Zur Berathung steht zunächst die erste Lesung des Nachtragsetats, betr. die Erhöhung der Beamten- und Offiziersgehälter.

Staatssekretär im Reichsschatzamt Frhr. v. Maltzahn: Die Vorlage der verbündeten Regierungen schlägt Ihnen vor, für das

---

[54]

Die Wittwe des Millionärs.

Roman von Xaver Riedl.

(Fortsetzung.)

28. Kapitel.

Vierzehn Tage waren seit dem zuletzt erzählten verbrecherischen Ereignisse vergangen und die Baronin Elsa v. Theiern hatte diese ganze Zeit auf dem Krankenlager und dem Tode nahe zugebracht. In ihren Fieberträumen phantasirte sie von all' dem, was sie in der Zeit unserer Erzählung von der Ankunft von Mr. Rittersfeld aus Amerika bis zu ihrer Erkrankung gedacht und erlebt. Bald flüsterte sie zärtlich von ihrer Liebe zu Paul, bald schien sie wieder mit ihrer Mutter wegen des Bankiers Theiern zu streiten. Dann bewunderte sie wieder den Atlantischen Ocean oder die Fünfte Avenue New-Yorks, die herrliche Bai, an der die Metropole der Vereinigten Staaten zwischen dem Hudson und dem East River liegt, um gleich darauf Heinrich v. Eggendorf des schnödesten Undankes anzuklagen und Bela v. Bongard aufzufordern, sie zu rächen. Auch von Testamenten phantasirte sie und von dem schwarzen Manne, der das Dorf in der Hanna in Brand gesetzt haben sollte, und mehrmals schien sie geradezu mit Georg Hörfarth zu ringen. Allerdings waren diese Phantasien so verwirrt, so durcheinander gemischt, daß sie für die zwei barmherzigen Schwestern, welche an ihrem Krankenlager wachten, nicht verständlich waren, aber sie flüsterten einander doch allerlei Vermuthungen zu, deren Sinn dahin ging, daß die Kranke viel gesündigt haben müsse.

Der ganze Haushalt der Baronin war aber nicht blos wegen deren Erkrankung besorgt und verwirrt, sondern noch aus einem anderen Grunde. Die Beraubung der Kasse der Baronin war ungefähr acht Tage, nachdem sie geschehen, durch die Ehrlichkeit von Barbara, die Gattin Georg Hörfarth's, entdeckt worden.

Wie kam dies?

Nun, wir wissen, daß Georg Hörfarth seinen Bruder Max nach dem Gute Maifeld in Kärnten gesendet, um seine Gattin abzuholen. Er hatte Max ein wohlversiegeltes dickes Schreiben an Barbara mitgegeben und als diese es öffnete, fand sie darin die Summe von tausend Gulden in Banknoten und die Mittheilung, daß ihr Gatte in Geschäften der Baronin verreisen müsse.

„Komm nur nach Wien und bewohne mein neues schönes Quartier,“ schrieb er, „bis ich entweder von meiner Reise zurückkehre oder dir ein Weiteres schreibe. Die beiliegende Summe wird dir wohl für längere Zeit genügen. Hüte dich aber ja, die Baronin zu besuchen, ehe ich zurückkomme oder schreibe, und halte dich ziemlich verborgen, denn sie will durchaus nicht, daß jemand von meiner Geschäftsreise in ihrem Interesse etwas wissen soll. Sie würde mir und dir sehr zürnen, wenn du zu ihr gingest. Sie soll glauben, daß du noch in Maifeld lebst.“

Diesen Brief hatte Georg Hörfarth geschrieben, weil er damals die Absicht hatte, der Baronin durch seine Kenntniß ihres Geheimnisses mit Baron Bela v. Bongard eine möglichst große Geldsumme abzupressen und dann ins Ausland zu gehen.

Nach all' dem, was er von Max über Heinrich v. Eggendorf gehört, hielt er den Tod des letzteren entweder für bereits eingetreten, oder er dachte, daß dieser sehr bald eintreten müsse. Deshalb hatte er ihr die Todesnachricht in der Kirche Am Hof zugeflüstert und sie wie die Ansiftierin eines Mordes bezeichnet. Was darauf geschah, hatte er nicht erwartet. Er beabsichtigte nur, seine Herrin in furchtbaren Schrecken zu versetzen, in diesem ihre Schuld gleichsam von ihrem Gesichte abzulesen, und dann ihr zu erklären, wenn sie ihm ein großes Kapital opfere, wolle er sich ins Ausland begeben und sie solle niemals wieder von ihm hören. Er setzte voraus, daß auch sie aus Furcht, der Mitschuld an einem Morde angeklagt zu werden, möglichst schnell ihre Realitäten verkaufen und mit der erhaltenen Summe ins Ausland flüchten würde. Dort, so dachte er, könne er sie vielleicht auch später noch mit Drohungen ausbeuten.

Als aber die schwere Erkrankung kam, sah er, daß mehrere Wochen vergehen konnten, eh es ihm möglich sein würde, die Baronin zu sprechen. Ja, sie konnte sogar sterben und dann war all' sein Wissen machtlos. Dann waren die noch lebenden zwei Brüder Franz und Otto Grafen v. Eggendorf die Erbin der Baronin, die gewiß nicht Zeit fand, ein Testament zu machen, und was konnte dann Georg Hörfarth das rechtsgiltige Testament des Bankiers Georg v. Theiern nützen?

Gewiß gar nichts, denn die Verstorbene hatte keine irdische Gerechtigkeit mehr zu fürchten, sondern er selber, wenn er angeben sollte, wie und wo er in Besitz des rechtsgiltigen Testaments gekommen.

Und mit diesem Gedanken hatte er plötzlich vor der Thüre des Schreibzimmers gestanden und hatte die That ausgeführt, welche ihn in den Besitz eines ahnsehnlichen Reichthums gebracht. Nun aber duldete es ihn nicht mehr in Wien. Die Beraubung der Kasse konnte jeden Augenblick entdeckt werden und der Verdacht auf ihn fallen. Deshalb mußte er fort, und nur jenseit des Atlantischen Oceans durfte er auf Sicherheit hoffen, besonders wenn er dort unter fremdem Namen auftrat.

Und welch' ein Zufall! Er erinnerte sich plötzlich, im Besitz eines Passes für eine amerikanische Reise zu sein, der auf den Namen eines Handlungsreisenden Arthur Grünfeld lautete. Derselbe war, als Baron Georg v. Theiern noch lebte, eine Zeit lang in dessen Comptoir oder Wechselstube bedienstet gewesen, hatte aber eines Tages die Kündigung erhalten und sich entschlossen, nach Chicago zu gehen, wo ein Bruder von ihm in einer Tuchfabrik angestellt war.

Er erwarb einen Paß, aber erhielt dann eine Stellung in Budapest, und ging nach dort. Den Paß hatte er in der Wechselstube zurückgelassen, und Georg Hörfarth ihn an sich genommen. Jetzt brauchte dieser nur das Datum und Alter zu korrigiren, um den Paß benützen zu können, denn die Personbeschreibung konnte ganz gut auch für ihn gelten.

So eilte er nachhause, packte einen Koffer und ließ den Fiaker Paul Quastl rufen. Dann ließ er von dem Hausmeister, dem er erklärte, nach Paris reisen zu müssen und welchem er den Wohnungsschlüssel für seine Gattin übergab, den Koffer nach dem Wagen tragen und beauftragte Quastl, ihn nach der Nordbahn zu fahren.

„Ja, i hab' glaubt, gnä' Herr, gengan nach Paris,“ sagte der Fiaker. „Da müssen's ja auf d' Westbahn.“

„Ich muß über Dresden reisen,“ antwortete Hörfarth, „ich habe auch dort Geschäfte.“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18900620025/fragment/page=0001

laufende Etatsjahr eine Summe von 19,925,092 M. zur Aufbesserung der Besoldung von Beamten und Offizieren zu verwenden. Die Forderung einer solchen Summe durch einen Nachtragsetat ist etwas ungewöhnlich, findet aber ihre Rechtfertigung darin, daß der vorige Reichstag kurz vor den Neuwahlen fast einstimmig gefordert hat, daß gewisse Klassen von Beamten noch im laufenden Etatsjahr in ihren Bezügen aufgebessert werden sollen. Die Vorlage hat durch ihre Höhe und ihre Ausdehnung überrascht. Die Einbringung einer derartigen Vorlage an und für sich wurde erwartet und konnte nicht überraschen. Sie konnte das um so weniger, wenn man sich erinnert, daß das Unterlassen einer gleichartigen Forderung im ordentlichen Jahresetat bei den Berathungen über denselben Anlaß zu schmerzwiegenden Angriffen auf die verbündeten Regierungen geboten hatte. Ein Erstaunen darüber, daß die Vorlage höhere Summen von Ihnen fordert, als bei den bezüglichen Beschlüssen verlangt wurde, ist nicht berechtigt. Seitens der verbündeten Regierungen ist darüber nicht ein Zweifel gelassen worden, daß eine ganze Reihe unserer Beamten zur Zeit eine Besoldung beziehen, deren Aufbesserung, sobald die finanzielle Lage es gestattet, dringend wünschenswerth ist. Aber dieser finanzielle Gesichtspunkt hat die Regierung bisher bewogen, diese Erhöhungen der Gehälter im Reich zurückzustellen, weil eine Reihe dringlicher und unaufschiebbarer Forderungen vorlag. Die jetzige Vorlage geht allerdings über das hinaus, was die Resolutionen des vorigen Reichstages gefordert hatten. Für die verbündeten Regierungen aber konnte nicht der zufällige Umstand entscheidend sein, wo der Reichstag die Grenze auf Grund eines immerhin ungenügenden Materials gezogen hatte. Die Ursachen für die Insuffizienz der Bezüge unserer Beamten und einzelner Offiziersklassen, die erhöhten Kosten der Beschaffung der Lebensmittel jeder Art, die gesteigerten Anforderungen der berechtigten Ansprüche an das Leben, welche der erhöhten Lebenshaltung des gesammten Volkes entsprechen — diese Ursachen wirken nicht allein für den Kreis der Unter- und Subalternbeamten, sondern auch höher hinauf. Und wenn anerkannt ist, daß auch für andere Klassen als diejenigen, an welche der Reichstag bei seinen Berathungen gedacht hat, Besoldungserhöhungen an und für sich wünschenswerth sind, so konnten unsere Beamten mit Recht den verbündeten Regierungen einen Vorwurf machen, wenn dieselben aus rein formellen Gründen für sie eine Besoldungserhöhung nicht fordern oder auf die Zukunft verschieben würden.

Man ist allerdings erstaunt, daß die Forderungen der verbündeten Regierungen über das hinausgehen, was die preußische Regierung für ihre Beamten hat geglaubt thun zu können. Allerdings steht die Regelung der Besoldungsverhältnisse im Reich und in Preußen in einem gewissen nothwendigen Zusammenhang; aber bei der Prüfung dieser Frage lagen die Dinge doch wesentlich anders in Preußen als im Reiche. In Preußen handelte es sich darum, eine nach der Gesammtgestaltung des Etats verfügbare, bestimmt begrenzte Summe für diese Zwecke zu verwenden. Eine solche Abgrenzung haben wir im Reiche nicht. Wir haben keine bestimmte verfügbare Summe, sondern müssen zur Befriedigung des Reichsbedürfnisses die Mitwirkung aller Einzelstaaten in Anspruch nehmen. Allerdings kannt die Art und Weise des Vorgehens der preußischen Regierung die Reichsverwaltung in gewisser Weise in Bezug auf das Maß und die Form der Besoldungsverbesserung. Wenn die preußische Regierung den Subalternbeamten in gewissen Klassen der Unterbeamten eine Besoldungserhöhung in bestimmten Grenzen und Formen angedeihen ließ, so wäre es unrichtig gewesen, die völlig gleichartigen Kategorien im Reiche, welche zum Theil derselben Behörde angehören, anders zu behandeln als ihre preußischen Kollegen. Das ist auch der Grund, weshalb die Vorlage Ihnen so spät zuging, und daraus erklärt sich auch die äußere Gestalt der Vorlage. Wir haben nämlich wie in Preußen versucht, das Uebermaß der verschiedenartigen Gestaltung und der verschiedenen Abstufungen der Gehaltssätze soweit als möglich zu verringern und die Beamten in größeren Kategorien in Bezug auf das Minimal-, Maximal- und Durchschnittsgehalt zu vereinigen. Wir sind dem preußischen Vorgange sodann darin gefolgt, daß wir neben dieser Einreihung der gedachten Beamten in größere Kategorien und neben der Gehaltserhöhung die Gewährung von Stellenzulagen ähnlich wie in Preußen in Aussicht genommen haben, ferner darin, daß wir bei Berechnung der Prozentsätze für die Erhöhungen nicht die Gesammtbesoldung, sondern das eigentliche Gehalt zugrunde gelegt haben, endlich auch darin, daß wir mit der Erhöhung der Beamtengehälter zugleich eine Erhöhung der Fonds für Diätare fordern.

Wenn es besonderes Erstaunen erregt hat, daß auch für die Offiziere Gehaltserhöhungen gefordert worden sind, so meine ich, die Thatsache, daß ein Theil der Diener des Reichs den militärischen Rock trägt, konnte uns doch unmöglich bestimmen, diese von einer allgemeinen Besoldungsverbesserung auszuschließen. Es konnte nur insofern — und das ist auch geschehen — eine detaillirtere Behandlung begründen, als wir in Anerkenntniß der Thatsache, daß den Offizier vom ersten Tage seines Dienstes an etwas bekommt, wofür der Civilbeamte wenig oder gar nichts bekommt, deshalb die unteren Klassen des Offizierstandes, den größeren Theil der Tarifklasse IV. nicht berücksichtigt haben, sondern nur eine Verbesserung gewisser Klassen von Offizieren, der Premierleutenants, der Hauptleute und eines Theiles der Stabsoffiziere fordertem, diejenigen Klassen von Offizieren, die in einem Lebensalter stehen, in welchem ein Mann seine ganze Kraft in dem Dienste des Landes aufopfert und daher auch den begründeten Anspruch auf Berücksichtigung bei solchen Aufbesserungen erheben kann. Die verbündeten Regierungen haben auch nie ein Hehl daraus gemacht, daß bei Aufbesserung der Funktionäre des Reichs auch die Offiziere mit bedacht werden müßten. In der Reichstagssitzung vom 26. Juni 1886 hat das der preußische Finanzminister hier bereits ausführlich dargelegt.

Es ist ja richtig, daß man in dieser Frage sich nach der Decke strecken muß, daß die verbündeten Regierungen ihre Pflicht verletzen würden, wenn sie für an und für sich berechtigte Zwecke mehr fordern würden, als das Land leisten kann. Fragt man, inwieweit die Einnahmen des Reiches ausreichen werden, so hat für Etat 1890/91 die nachträgliche Einstellung so hoher Forderungen ja etwas Mißliches. Das ist aber nicht so schwerwiegend, daß wir darum die Stellung der Forderungen unterlassen dürften. Der Haushalt 89/90 hat, so weit es sich übersehen läßt, so abgeschlossen, daß die Reichsfinanzverhältnisse selbst ohne Defizit absichlieszen, daß sich vielmehr ein mäßiger Ueberschuß von 2 Mill. ergeben wird. Sehr viel günstiger hat die Finanzverwaltung der Einzelstaaten abgeschlossen. Die Einzelstaaten bekommen aus der Verwaltung dieses Jahres vom Reich mehr überwiesen, als man im Anfange des Jahres in Aussicht nehmen durfte, nämlich eine Summe von 73 Millionen. Diese Summe setzt sich zusammen aus Mehrerträgen der Zölle und Steuern in Höhe von 79 Mill. Dem steht gegenüber ein Zurückbleiben der Branntweinabgabe um etwa 19 Mill., bleiben 60 Mill. Hierzu kommen Mehrerträge der Stempelabgaben um 13 Mill. und 2 Mill. Einnahme aus der Lotterie für Niederlegung der Schloßfreiheit — rund 73 Mill. Mehrerträge und Mehrüberweisungen. Ein Theil dieser Mehreinnahmen wird auch im Jahre 1890/91 zur Erscheinung kommen. Ich bezweifle, ob das der Fall sein wird in Bezug auf die Stempelabgaben. Die Einnahmen aus der Branntweinsteuer werden aber weniger hinter den Erwartungen zurückbleiben, als dies 1890/91 gegenüber 1889 der Fall war. Allerdings kann für die Voraussagungen in der Zukunft absolute Sicherheit nicht in Anspruch genommen werden. Betreffs der Einnahmen aus den Zöllen habe ich früher gesagt, daß ein großer Theil derselben aus den Kornzöllen stammt. Das muß ich in etwas modifiziren. Ob die Kornzölle 90/91 einen ähnlichen Ertrag geben würden, das wird wesentlich abhängen von der Ernte in diesem Jahre. 1888 und 1889 haben wir eine mäßige Ernte gehabt. Naturgemäß war der Import größer und demgemäß die Einnahmen. Wohl aber begünstigte der damalige Stand des Rubelkurses den Import durchaus nicht, und es ist sehr wohl denkbar, daß auch bei einer guten Ernte in Deutschland im Jahre 1890 der Import an Korn nicht unerheblich sein wird. Die Läger in Deutschland sind auch zur Zeit keineswegs sehr große. Ich habe erst jetzt Berechnungen anstellen lassen können, welche mich überzeugt haben, daß die Mehrerträgen der Zölle nicht zumeist auf den Kornzöllen beruhen. Von den 79 Millionen Mehrerträgen aus den Getreidezöllen stammen nur 34 Millionen aus den Mehrerträgen der Kornzölle, 44—45 Millionen, sicher aber wenigstens 43 Millionen aus den anderen Gegenständen des Imports. Es ist also anzunehmen, daß ein erheblicher Theil dieser 44 Millionen auch künftig der Reichskasse zufließen wird, und ich halte es für möglich, daß auch im Etatsjahr 1890/51 sich ein nicht unerheblicher Ueberschuß aus den Kornzöllen ergeben wird.

1890,91 sind nun noch an fortlaufenden Ausgaben zu decken, wenn die Vorlagen unverändert bewilligt werden, aus dem Nachtrag für Ostafrika 5 Millionen, aus dem Besoldungsnachtrag rund 20 Millionen, aus dem Nachtrag, welcher die finanziellen Konsequenzen der Militärvorlage zieht, etwa 8½ Millionen, in Summa eine Steigerung der Matrikularbeiträge von 33 bis 34 Millionen. Nun beträgt der Gesammtbetrag der Matrikularbeiträge 1890/91 rund 265 Millionen, darin stecken etwa 12 Millionen Aequivalente der von gewissen Steuergemeinschaften ausgeschiessenen Staaten für die vom Reich erhobenen Steuern: bleiben 253 Millionen. An Ueberweisungen sind in Aussicht genommen 289 Millionen. Sonach verbleiben den Einzelstaaten an Mehrüberweisungen noch 45 Millionen, also bleibt die geforderte Summe bei unveränderter Annahme der Nachträge noch um 11 bis 12 Millionen hinter den Ueberweisungen zurück. Es war also durchaus zu verantworten, wenn Ihnen vorgeschlagen wurde, die sämmtlichen Mehrforderungen für das laufende Jahr auf die Matrikularbeiträge zu übernehmen. Das Etatsjahr 1891/92 wird sich in einer Beziehung noch wesentlich besser stehen als der Etat 1890/91, denn er wird nicht wie dieser mit einem Defizit — aus dem Jahre 1889/90 waren es 20 Millionen — zu rechnen haben. Diese Besserung wird auch für die späteren Jahre vorhalten.

Ich kann aber nicht verhehlen, daß wir mit größeren und von Jahr zu Jahr steigenden Ausgaben werden rechnen müssen, für deren Deckung wir zu sorgen haben. Dazu zähle ich die Ausgaben aus der Militärvorlage mit dem vollen Jahresbetrag von rund 17 Millionen, außerdem denjenigen Theil der einmaligen Ausgaben, welcher nach den gewöhnlichen Etatsgrundsätzen dem Ordinarium zuzuweisen ist, im ganzen 40 Mill.; weiter eine Steigerung der Aufwendung für die Verzinsung von ungefähr 8 Mill.; für unsere Besitzungen in Ostafrika und selbst, wenn wir keine Besitzungen hätten, für die Vertretung des Reiches einige Millionen. Die hauptsächlichste Steigerung aber wird sich aus dem Invaliden- und Altersgesetz ergeben. Hieraus folgen erhebliche auf eine Reihe von Jahren progressiv steigende Ausgaben; in welcher Höhe und in welcher Schnelligkeit sie eintreten werden, läßt sich heute noch nicht genau berechnen. Nach überschlägigen Berechnungen werden sich die Ausgaben belaufen im ersten Jahr auf 7 Millionen, im zweiten auf 9, im dritten auf 10 Millionen. Zusammengerechnet ergeben diese Posten etwa 60 Millionen. Wenn auch ein Theil dieser 60 Millionen aus den bestehenden Einnahmen gedeckt werden wird, so glaube ich doch persönlich, daß es kaum möglich sein wird, diese beschlossenen Ausgaben auf die Dauer zu decken, ohne im Reich oder in den Einzelstaaten ausgiebigere Einnahmequellen zu eröffnen, oder die vorhandenen zu einem reichlicheren Ergebniß zu gestalten. In welcher Weise und auf welchen Gebieten diese eventuelle Neubeschaffung einzutreten hat, das zu erörtern ist heute hier nicht der Platz. Diese Fragen müssen zunächst im Schoße der verbündeten Regierungen unter Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse und in Berücksichtigung der Beschlüsse des Reichstages erörtert werden. Daraus also, daß mit dem Nachtragsetat nicht zugleich Steuervorlagen eingebracht werden, den verbündeten Regierungen einen Vorwurf zu machen, ist durchaus unbegründet. (Lachen links.)

In einem solchen Moment aber muß ich dem Beginnen eines Theiles dieses Hauses, Einnahmeposten des Reichs wie die Kornzölle, die bis zu 100 Millionen ergeben, zu mindern oder aufzuheben, mit aller Entschiedenheit Widerstand entgegensetzen. Ich will auf Erörterungen in der Presse nicht weiter eingehen, in welchen wiederholt gesagt ist: was ist das für ein Vertreter der Reichsverwaltung, der im Juni nicht einmal weiß, was im September für Ausgaben nöthig sein werden. — Ich bemerke nur, so kurzsichtig sind die Beamten unserer Reichsverwaltung auch nicht, sie haben ihre Gedanken; sie sind aber nicht berechtigt, diese Gedanken zur vorläufigen Diskussion zu stellen, bevor die verbündeten Regierungen sie nicht gebilligt haben. Wir sprechen namens der Regierungen und deren Beschlüsse haben wir zu vertreten.

Auf Grund dieser Ausführungen bitte ich wohlwollend an die Prüfung dieser Forderung heranzutreten. (Beifall rechts.)

Abg. v. Benda (nl.): Wir halten es nicht für richtig, nachdem wir in Preußen in bestimmten Grenzen mit Besoldungserhöhungen vorgegangen sind, diese jetzt im Reich in ganz andern und höheren Grenzen vorzunehmen. Das wird in allen Einzellandtagen einen Sturm von Unwillen hervorrufen. Es ist nicht unsere Absicht, mit den voraussichtlichen Abstrichen einen Strich durch die Besoldungserhöhungen für Offizersgehälter überhaupt zu machen. Nein, wenn Preußen finanziell stark genug ist, um darin vorzugehen, werden wir im Reiche in derselben Art und Weise folgen können.

Ich bedaure, daß die Vorlage uns so spät zugegangen ist. In Preußen haben wir trotz eifriger Arbeit vier Wochen zur Erledigung der Besoldungsvorlage gebraucht. Hier ist die Aufgabe wegen der Erweiterung der Beamtenkategorien noch schwieriger, und ich lasse dahingestellt, ob wir die Aufgabe in den wenigstens Wochen, die wir noch vor uns haben, lösen können, wenn ich auch zu Herrn v. Huene das Vertrauen habe, daß er, wie im Landtage, die Berathungen der Kommission als Vorsitzender nach Möglichkeit fördern wird. Der finanzielle Effekt des Nachtragsetats ist, daß, wenn wir den unteren Beamten, Hilfsbeamten und Beamten der Klasse V unbeanstandet die geforderten Erhöhungen bewilligen, 13½ Millionen, mit Baiern 15½ Millionen M. erforderlich sind. Wir tragen nach den Vorgängen in Preußen kein Bedenken, diese Summe zu bewilligen, müssen aber daran festhalten, lediglich nach dem Vorbilde Preußens vorzugehen. Auch die im Landtage angenommenen Resolutionen betreffend allgemeine Einführung der Dienstalterszulagen und Verminderung der Diätarien empfehlen sich für das Reich, und ich empfehle dieselben der Budgetkommission.

Allgemeine Befriedigung können wir ja mit den 15½ Millionen ebenso wenig herbeiführen als mit 19½ Millionen. Wir trösten uns aber in dem Bewußtsein, daß wir nach bester Pflicht und bestem Ermessen das Unsrige gethan haben, um, wo wirkliche Nothstände vorliegen, sie zu bessern. Gott gebe, daß in Zukunft die finanziellen Verhältnisse es gestatten, mehr zu thun. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Singer (Soz.): Es wäre zu wünschen, daß endlich die Kostgängerei des Reichs bei den Einzelstaaten aufhört. Das Reich hat auch gar keine Veranlassung, den Einzelstaaten so große Summen zu überweisen. Hört man damit auf, dann werden im Reiche auch die nöthigen Mittel verfügbar sein. Bei den steigenden Anforderungen des Militarismus wird es allerdings schon schwer werden, auch nur die jetzt verlangten Summen zu beschaffen. Daß wir uns nicht so eng an die Grenzen der vorjährigen Resolutionen binden sollen, meine

---

„Ah so! Nachert is 's was anders!" lachte Quastl und fuhr ab.

Er dachte aber später noch oft an Georg Hörfarth, als dieser nie wieder zum Vorschein kam, obwohl er ihm eine ansehnliche Geldsumme zum Ankauf von Wagen und Pferden gegeben, als er einige erste Börsenerfolge gehabt hatte.

Als nun Max mit Barbara ankam, führte der erstere seine Schwägerin in die ziemlich luxuriös ausgestattete Wohnung seines Bruders, und Frau Barbara Hörfarth fühlte sich ganz glücklich und behaglich. Sie erinnerte sich wohl der Warnung, die ihr Gatte ihr brieflich zugehen ließ, machte sich aber darüber keine besonderen Gedanken. Sie hoffte nur, daß er bald zurückkehren werde und beschäftigte sich mit der Reinhaltung des Quartiers und mit ihrer Toilette. Dazu nahm sie eine Dienerin auf, welche ihr die Mittagskost aus einer nahen Restauration holte und sonst allerlei für sie besorgte.

Max Hörfarth begleitete sie des Abends auf Spaziergängen, damit sie frische Luft schöpfen könne, und manchmal auch in ein Vorstadttheater und dann in ein Gasthaus, eine Freundlichkeit, die sie mit mancher Fünfer-Banknote lohnte, die unter tags anzubringen, Max jetzt für seine nächste Lebensaufgabe hielt.

So vergingen acht Tage. Da kam des Morgens ein Brief an sie, der den Poststempel „Bremen" trug. Mit freudigem Gefühl öffnete Barbara Hörfarth das Couvert, nachdem sie auf der Adresse die Handschrift ihres Gatten entdeckt hatte, und als sie den Brief entfaltete, kam ihr eine Tausendguldenbanknote in die Hände, welche im ersten Momente ihr Vergnügen nicht verringerte. Aber als sie den Brief las, wurde sie todtenblaß, schwankte und sank auf einen Fauteuil nieder.

Der Brief enthielt die Nachricht, daß Georg Hörfarth der Baronin einen großen Theil ihres unrechten Gutes abgenommen und damit nach Amerika gehe. Warum das Vermögen der Baronin ein unrechtes sei, war nicht angegeben. Der Brief schloß mit den folgenden Worten:

„Was ich Dir hier sende, wird mit dem, was Dir Max gebracht, wohl ein halbes Jahr für Deine Bedürfnisse ausreichen. Dazu kannst Du Dir eine kleinere Wohnung nehmen und das Dir überflüssige Mobiliar der jetzigen verkaufen. Wenn die mir geeignete Zeit kommt, wird Frau Sandtner, meine Tante, einen Brief von mir erhalten, der an Dich adressirt und mit dem Namen „Arthur Grünfeld" unterzeichnet sein wird. Der Brief wird das Reisegeld enthalten, mit dem Du mich auffuchen kannst. Ein Leben des Glückes und Reichthums wird dann deine Zukunft sein. Den Brief hier verbrenne, sobald Du ihn gelesen, aber notire Dir zuvor den Namen „Arthur Grünfeld", denn er ist zunächst der meinige. Dein Dich zärtlich liebender

Georg."

Barbara vermochte kaum zu athmen, als ihre Hände mit dem Briefe und der Tausendguldennote in den Schoß sanken. Sie starrte eine Weile fast regungslos vor sich hin, dann flüsterte sie schmerzlich bewegt:

„Allmächtiger Gott! Welches Unglück! Ein Dieb, ein Defraudant — und es ist noch nicht genug mit der Furcht, die mich schon so oft überfiel. O, du armes Wesen, das eines Tages das Licht der Welt erblicken wird, welch einen Vater wirst du haben. Mein Verdacht war schon schrecklich genug, obwohl ich dessen nicht sicher war, nach manchem Wort, das er im Traume murmelte, immer von Feuer und Flammen. Jetzt auch das noch! O, Barbara, du warst immer arm und das Spielzeug einer reichen Frau; aber ehrlich warst du, so wahr dir Gott einst gnädig sein mag — und dein Vater und deine Mutter waren ehrlich, wenn auch arm, und nur dem Trunk ergeben war mein Vater. Nein, nein, ich will ehrlich bleiben. Ich will nicht dieses gestohlene Geld — ich muß zur Baronin, muß es ihr geben und alles, was da ist. Sie war doch immer so gut mit mir. Und wenn Georg sich mit Verbrechen beladen hat, soll er auch dafür büßen, wenn man ihn erreichen kann. Es war mein Leichtsinn, mein Verderben, aber ehrlich will ich sein und bleiben — ehrlich, ja ehrlich!"

Und die letzten Worte sprach sie wieder und wieder, aber es dauerte doch mehr als eine Stunde, bis sie sich zu erheben vermochte.

Dann kleidete sie sich seufzend und unter stillen Thränen, die über ihre jetzt lebhaft gerötheten Wangen herabliefen, sehr einfach an, und verließ die Wohnung, um die Baronin v. Theiern aufzusuchen, von deren schwerer Erkrankung sie keine Kunde hatte.

In dem Palais hatte man noch keine Ahnung von dem, was in dem Schreibzimmer der Baronin geschehen war. Es war zwar zu Geldausgaben gekommen, welche sonst die Baronin im gesunden Zustande bestritten hätte, aber diese waren gering, sie betrafen nur den täglichen Haushalt, und die Köchin hatte unbedeutende Ersparnisse, die sie gerne benutzte, nachdem die Aerzte die größte Ruhe für die Kranke forderten.

Als nun Frau Barbara Hörfarth in dem Palais ankam, begrüßte der Portier sie freundlich, und als er ihr trauriges Antlitz bemerkte, fragte er sie, was ihr fehle.

„Ach, ich bin so unglücklich!" seufzte Barbara. „Ich werde mein Lebtag keine frohe Stunde mehr haben."

„Aber weshalb? Sind Sie denn nicht glücklich in Ihrer Ehe?" fragte der gutmüthige Thürhüter des schönen Hauses.

Barbara schüttelte nur den Kopf und dann drückte sie ihr weißes Taschentuch vor die Augen.

„Alsdann überall Unglück, bei uns wie bei Ihnen!" seufzte der Portier. „Unsere Gnädige ist todtkrank, und man zweifelt an ihrem Aufkommen. Sie kennt niemand von ihren Leuten und würde auch Sie nicht erkennen."

„Mein Gott, so kann ich sie nicht sprechen?" fragte Barbara erschrocken.

„Kein Mensch kann zu ihr, als die Doktoren und die zwei barmherzigen Schwestern," war die Antwort. Und dann erzählte der Portier, wie die Baronin v. Theiern in der Kirche Am Hof ohnmächtig geworden und dann schwer erkrankte.

Barbara hörte ihm bange und zitternd zu, und der Portier sah, daß sie Mühe hatte, sich aufrecht zu erhalten. Er lud sie daher ein, in seiner Loge ein wenig auszuruhen, und reichte ihr die Hand. Widerstandslos folgte sie ihm und sank in dem kleinen, aber behaglichen Raume auf ein Sopha nieder.

„Was ist denn geschehen?" fragte der Portier. „Ist vielleicht auch Ihr Mann erkrankt? Es ist ungefähr acht Tag', als er frisch und gesund da war."

„Es wäre besser, wenn er gestorben wäre, anstatt zu thun, was er gethan!" jammerte die Verlassene, und wieder brach sie in einen Strom von Thränen aus. Dann rief sie endlich: „O, helfen Sie mir! Rathen Sie mir, was ich thun soll!"

„Wenn ich nur wüßt', um was es sich handelt," bemerkte der Portier; und jetzt zog Barbara den Brief, den sie erhalten, sammt der Tausendguldennote aus ihrer Kleidertasche und reichte beides dem Manne hin.

(Forts. folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18900620025/fragment/page=0002

auch ich. Aber unerfindlich ist mir, weshalb die Offiziersgehälter jetzt erhöht werden sollen. Dann müßte man auch die Gehälter der gleichartigen Civilbeamten, der Richter und Lehrer erhöhen, die viel später die Bezüge erhalten, welche die Offiziere schon in jüngeren Jahren bekommen. Die Regierung hat die Vorlage damit nur unendlich bepackt. Man soll auch nicht jetzt schon, wie der Vorredner es that, unerfüllbare Hoffnungen bei den Offizieren erwecken. Die Richter sind doch in weit schlechterer Lage als die Offiziere. Trotz langjähriger Vorstudien kommen sie viel später zu festen Bezügen als die Offiziere. Dann wären auch noch eher zu berücksichtigen die pensionirten unteren und mittleren Beamten und deren Wittwen und Waisen, bei denen eine Erhöhung der Pensionen gewiß wünschenswerth wäre. Auch die Pensionen der Invaliden sind absolut unzulängliche, und man hätte hier gleichfalls eher an Erhöhungen denken können als bei anderen Gehältern, die nicht als unauskömmliche zu bezeichnen sind. Die Erhöhung der Offiziersgehälter ist um so weniger gerechtfertigt, als sie denjenigen zugute kommt, die schon durch die Getreidezölle so große Vortheile haben, den Großgrundbesitzern, aus deren Familien die Offiziere vorzugsweise sich rekrutiren, und deren Söhne daher weniger Zuschuß brauchen würden. Die Kosten hätten aber wiederum die breiten Massen des Volkes zu tragen.

Im einzelnen müßte die Kommission die beschlagnahmefähige Summe der Beamten erhöhen, da ja auch die Gehälter höher werden. Aus Tarifklasse V sind nicht alle Beamten, sondern nur ein Teil aus finanziellen Gründen zu berücksichtigen. Von den höheren Beamten sind hauptsächlich die Postbeamten mit Rücksicht auf deren angestrengte Thätigkeit mit Recht berücksichtigt. Aber allerdings muß man auch hier eine Abgrenzung machen, da eine Ueberbürdung nach oben hin nicht mehr vorliegt. Es wäre zugleich wünschenswerth, wenn bei dieser Gelegenheit die Postverwaltung feste Gehaltssätze einführte, die in bestimmten Zwischenräumen jeder Beamte erreichen muß, statt daß es jetzt ungewiß ist, ob und wann die Beamten die höhereu Gehälter bekommen. Das System der Alterszulage ist ja zu begrüßen; aber man darf auch nicht außer Acht lassen, daß viele Beamte garnicht in den Genuß der Alterszulage kommen, und deshalb sind auch bestimmte Gehaltsskalen unerläßlich. Für die Hilfsbeamten muß gleichfalls eine höhere Besoldung eintreten. Besonders schlecht stehen ferner die Verhältnisse im kaiserlichen statistischem Amt, wo ein sehr großes Hilfspersonal, etwa 200 Personen, gegenüber wenigen fest angestellten Beamten fungirt.

Trotz der finanziell schlechten Lage sind wir bereit, die nothwendigen Ausgaben für Gehaltserhöhungen zu bewilligen; die nicht nothwendigen Ausgaben für Offiziere, Marinebeamten, Aerzte u. s. w. werden wir ablehnen. Nach oben hin werden wir erst Aufbesserungen gewähren können, wenn statt der auf den unteren Klassen ruhenden indirekten Steuern eine progressive Einkommensteuer eingeführt wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Behr (Rp.): Ich bedauere, daß die Regierung so kurz vor dem Schluß der Session über die vom Reichstage gestellten Forderungen bezügl. der Beamtenbesoldungen hinausgegangen ist. Die Begründung des Staatssekretärs scheint mir nicht genügend. Ebenso kann ich nicht billigen, daß die Reichsverwaltung mit Preußen nicht Hand in Hand gegangen ist. Wohin sollen wir kommen, wenn nun auch Preußen wieder mit neuen Forderungen vorgeht? Unsere Finanzlage zwingt uns, auf das Nothwendigste uns zu beschränken. Haben wir die entsprechenden Gelder, dann können wir weitere Aufbesserungen vornehmen.

Abg. Richter (dfr.): Die ersten Anregungen zur Gehaltsverbesserung sind besonders von uns ausgegangen. Aber was wir damals beabsichtigten, deckt sich nicht entfernt mit demjenigen, was heute von uns verlangt wird. Damals nahm ein vom Abg. Baumbach und mir gestellter Antrag für die Gehaltsaufbesserung der unteren Beamten die Summe von 6 Millionen, also noch nicht ein Drittel des jetzigen Betrages, in Aussicht. Von einer Gehaltsaufbesserung der Offiziere ist damals überhaupt noch nicht die Rede gewesen. Die Herren Minister haben sich im Plenum wiederholt geäußert, auch nicht ein Wort ist von dem Ministertisch über Offiziersgehälter gefallen. In der Budgetkommission erinnere ich mich auch nicht einer solchen Anregung; der Mehrheit hat ein solcher Plan vollständig fern gelegen. Herr v. Maltzahn hat zurückgehen müssen auf gelegentliche Erklärungen des Finanzministers v. Scholz aus dem Jahre 1886, um zu betonen, daß in einer allgemeinen Besoldungsaufbesserung auch die Offiziere einzubegreifen seien. Eine allgemeine Besoldungsaufbesserung in diesem Jahre hat aber allen Parteien im Reichstage fern gelegen, nicht etwa weil wir diejenigen, welche den militärischen Rock tragen, ungünstiger behandeln wollen als die übrigen Diener des Reichs, sondern weil für die Bemessung des Einkommens der Offiziere ganz andere Gesichtspunkte maßgebend sind als für die Bemessung des Einkommens der Beamten. Der Offizier gelangt bereits im frühen Alter in eine etatsmäßige Stellung, der Secondelieutenant beispielsweise schon im 18. bis 20. Jahre, mit einem Pensionseinkommen von über 2000 M., während der höhere Beamte mit einer ähnlichen Vorbildung froh sein muß, wenn er etwa mit dem 30. Lebensjahre eine etatsmäßige Stelle erhält. Der Unterschied ist deshalb ein so beträchtlicher, weil das Kapital, welches der höhere Beamte an Bildung aufwenden muß, aus eigenen Mitteln, bevor er in eine etatsmäßige Stellung gelangt, ein sehr viel größeres ist, als bei den Offizieren. Der Offizier legt in der Regel auch das Gymnasium zurück. Die Ausbildung wird ihm aber durch Kadettenanstalten erleichtert. Der Beamte muß aus eigenen Mitteln Studien machen; soweit das für Offiziere in Frage kommt, geschieht es aus Staatsmitteln. Der höhere Beamte muß nach den akademischen Studien sich auf mehrere Jahre auf eigene Kosten für den Beruf vorbereiten. Bei dem Offizier ist das nicht der Fall. Der Beamte muß Jahre hindurch warten, bis ein Amt vakant wird, während im Offizierkorps die Zahl der Stellen größer ist, als die Zahl der Aspiranten. Ein Beamter muß Dienste leisten bis zur Zeit, wo er erwerbsunfähig ist, bis zum 60. ja 70. Lebensjahr. Dagegen wird der Offizier schon pensionsfähig, wenn er felddienstunfähig ist. Das letztere kann er sein, und dabei vollkommen erwerbsfähig sein; infolgedessen wird ein großer Theil der Offiziere schon kurz nach dem 40. Lebensjahre pensionirt. Sie empfangen oft längere Zeit hindurch Pension, als sie Dienst gethan haben. Dabei können sie noch anderem Erwerbe nachgehen. Wenn man einmal daran gehen will, die Offiziersgehälter anders zu gestalten, so müssen zwei Vorfragen berücksichtigt werden. Erstens: ist es nöthig, den Grundsatz aufrecht zu erhalten, daß derjenige, welcher im Avancement übersprungen wird, fingiren muß, nicht mehr felddienstfähig zu sein, und seinen Abschied nehmen muß? Dieser Grundsatz kann finanziell nicht mehr aufrecht erhalten werden; in der Civilverwaltung hat er niemals bestanden. Ferner drängt sich die Frage auf: ist es überhaupt nöthig, die sämmtlichen Stellen der Subalternoffiziere mit jungen Leuten höherer Bildung zu besetzen? Könnte nicht ein Theil dieser Stellen durch den Feldwebel-Lieutenant besetzt werden? Dadurch werden die Offiziere mit höherer Bildung verringert und ermöglicht, daß Offiziere mit höherer Vorbildung früher, als es jetzt der Fall ist, in die Stellen von Premierlieutenants und Hauptleuten einrücken. Dann darf nicht außer Acht gelassen werden, daß bei Offizieren und gewissen Militärbeamten neben dem Wohnungsgeldzuschuß ein Servis fast ebenso hoch wie der Wohnungsgeldzuschuß gezahlt wird. So beläuft sich das pensionsfähige Einkommen von Premierlieutenants mit Zurechnung von Servis und Wohnungsgeldzuschuß auf 2400, bei Hauptleuten zweiter Klasse auf 2700 M. Nach allem, was ich höre, scheint die communis opinio im Hause dahin zu gehen, daß von der Aufbesserung der Offiziersgehälter gänzlich abgesehen wird. Ich enthalte mich daher, weiter auf diese Frage einzugehen.

Was die Aufbesserung der Gehälter der Beamten anbetrifft, so sind fast alle die Anträge, welche aus dem Hause gekommen sind, ausgegangen von der Aufbesserung der unteren Beamten. Die Resolution des Reichstags hat von mittleren Beamten allerdings auch gesprochen, Herr von Maltzahn meint, das sei ein Zufall. Zufall ist ebenso mit Recht oder Unrecht alles andere. Man kann von zufälligen Regierungsvorlagen, von zufälligen Ministern mit demselben Recht und Unrecht sprechen. (Heiterkeit.) Ich kann dem Herrn Staatssekretär nicht zugeben, daß dem Reichstag eine ungenügende Kenntniß der Situation beiwohne. Mit dem Amte wächst durchaus nicht der Verstand in dem Maße, wie man es hinzustellen geneigt ist; und gerade die Lebensverhältnisse der Beamten liegen aller Welt, die mit ihnen verkehrt, offen. Desgleichen sind die Etatsverhältnisse allen denen, die sich fortgesetzt mit dem Studium derselben beschäftigen, ebenso bekannt wie den höheren Beamten. Wir erfahren offen gestanden von den Beamten selber oft viel mehr als die höheren Vorgesetzten, und gerade deshalb sind wir in der vorigen Session mit unseren Anträgen in Bezug auf die unteren Beamten hervorgetreten.

Als wir damals die Resolution faßten in Bezug auf die Besoldungsverbesserungen der unteren und mittleren Beamten, waren schon Verhandlungen im Plenum voraufgegangen, die man sich, um die Resolution richtig zu verstehen, vergegenwärtigen muß. Es waren ganz bestimmte Erklärungen des Ministers v. Boetticher ergangen, die gewiß nicht zufällig so gelautet haben, wie sie lauten. Diese Erklärungen sind maßgebend für unser Verhalten gegenüber der Vorlage. Herr v. Boetticher führte am 16. Januar 1890 aus: „Ich für meine Person halte es für durchaus ausgeschlossen, daß, wenn in Preußen über die Erhöhung der Beamtengehälter ein Beschluß gefaßt ist, das Reich nicht die Konsequenz des Beschlusses für die Reichsbeamten ziehen wird, d. h. also, ich halte dafür, daß entsprechend den in Preußen vorgenommenen Aufbesserungen auch im Reich eine Aufbesserung der Gehälter erfolgen wird. Weiter heißt es dann: Der preußische Finanzminister stellt sich auf den Standpunkt, und ich glaube, dieser wird von allen Seiten als ein berechtigter anerkannt, daß dauernde Gehaltsaufbesserungen nur dann bewilligt werden können, wenn auch dauernd die Deckungsmittel für die Zahlung der erhöhten Gehälter zur Verfügung stehen. Es wird also der Prüfung zu unterziehen sein, in welchem Maße dauernde Deckungsmittel für die Aufbesserung der Gehälter vorhanden sind, und nach Maßgabe der Grenze, die sich aus dieser Prüfung ergiebt, wird die Aufbesserung der Gehälter in Preußen vorzunehmen sein.“ Dann erklärte am 21. Januar der Herr Minister: „Ich habe schon neulich daran erinnert, daß wir wohl thun werden, uns in Bezug auf Besoldungsverbesserungsfragen auf der gleichen Linie mit denjenigen Maßregeln zu halten, die in Preußen in dieser Beziehung vorbereitet werden, und ich habe aus der Zustimmung, die mir auf meine damaligen Bemerkungen aus der Mitte des Hauses geworden ist, die Beobachtung geschöpft, daß es auch die Meinung des Reichstages ist, in dieser Beziehung pari passu mit Preußen zu geben. Wenn das aber richtig ist, so thun wir wohl, uns in gleicher Linie mit dem zu halten, was in Preußen auf diesem Gebiet geschehen ist.“ Herr v. Boetticher betonte also 2 Grundsätze, diesmal nicht weiter zu gehen, als Deckungsmittel vorhanden sind, und dann nicht weiter, als man in Preußen gegangen ist. Diese beiden Grundsätze sind auch für meine Partei maßgebend, während sie von der Regierung vollständig im Stich gelassen sind. In Bezug auf den ersten Grundsatz nimmt Herr v. Maltzahn zu Unrecht an, daß wir ihm daraus einen Vorwurf machen, daß mit diesem Nachtragsetat nicht zugleich neue Steuervorschläge gemacht sind. Zum Vorwurf ist nur gemacht worden, daß der Herr Staatssekretär keine Uebersicht über die Finanzlage gegeben und sich nicht darüber geäußert hat, ob mit den bereits vorhandenen Deckungsmitteln die Mehrbedürfnisse aus diesen Nachtragsetats gedeckt werden können. Auch heute wieder sagt der Herr Staatssekretär, wie in der Militärkommission, daß ein Theil der erforderlichen Mittel aus vorhandenen Mitteln gedeckt werde, für einen anderen Theil der Mittel aber in der Zukunft von neuen Steuern nicht abgesehen werden kann. Wir sind nicht verantwortlich für die Reichszuschüsse zur Alters- und Invalidenversicherung, für die ostafrikanische Kolonialpolitik, weil wir gegen beides gestimmt haben. Wir werden vermuthlich auch die geforderte Erhöhung des Militäretats ablehnen. Wir übernehmen aus diesen Etats keine Verantwortlichkeit für neue Steuern. Wir wollen aber auch aus dem jetzt vorliegenden Etat keine Verantwortlichkeit für künftige Bewilligung von neuen Steuern übernehmen, und darum wollen wir diesen Etat nur bewilligen in einer Grenze, die durchführbar ist aus den vorhandenen Mitteln, im Anschluß an die Grundsätze, welche bei den ersten Besprechungen dieser Angelegenheit von Herrn v. Boetticher betont worden sind. Neue Steuern würde ich ganz besonders für falsch halten in dem Augenblick, wo offenbar die Aufbesserung der allgemeinen Verhältnisse, die einige Zeit bestanden hat, nicht mehr andauert.

Das Argument des Hrn. Staatssekretärs von der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in Preußen, wo man sich auf die vorhandenen 18 Mill. beschränken mußte, während das Reich seine Einnahmen durch Erhöhung der Matrikularbeiträge beliebig vermehren könne, kann ich durchaus nicht anerkennen. Hr. Singer schien freilich eine Zeit lang denselben Gedankengang zu verfolgen, wenn er meinte, die erforderlichen Mittel würden vorhanden sein, falls das Reich alles was es einnimmt, auch für Reichszwecke verbraucht. Das wäre aber nur eine formelle, keine materielle Lösung, denn was den Einzelstaaten aus den Ueberweisungen des Reichs fehlt, haben sie ihrerseits durch neue Steuern aufzubringen, sodaß es sich nur um die Ueberwälzung der Steuerlast aus einer Form in die andere handeln würde. Eine Mehrbelastung der Einzelstaaten auf Grund dieses Nachtragsetats würde aber um so ungerechtfertigter sein, als gerade die Einzelstaaten sich aus Rücksicht auf ihre finanzielle Lage in den Gehaltsverbesserungen beschränken müßten und es würde, wie Hr. v. Benda mit Recht betont, einen Sturm des Unwillens unter den Beamten der Einzelstaaten hervorrufen, wenn nun die Reichsbeamten allein eine Aufbesserung erhalten würden.

Ich meine also, wir müssen die preußischen Gehaltsaufbesserungen mit den vorliegenden vergleichen, wenn ich auch es lieber gesehen hätte, daß das Reich in der Gehaltsaufbesserung vorgegangen wäre. Von den höheren Beamten sind in Preußen lediglich die Oberförster und die Bauinspektoren berücksichtigt worden, erstere, weil man sagte, sie seien in ihren Gehaltsverhältnissen zurückgeblieben und die Verhältnisse auf dem Lande hätten sich in vieler Beziehung geändert; die Bauinspektoren, weil man sagte, daß ohne Gehaltsaufbesserung nicht genug Bauinspektoren zu bekommen seien. Für Reichsbeamte liegen analoge Gründe für Gehaltsaufbesserungen nicht vor. Für die Subalternbeamten sind in Preußen im ganzen nur 1⅓ Million M. zur Verwendung gelangt. Dieser Etat nimmt dafür 6 Millionen in Aussicht. In Analogie hätte man in Preußen für Subalternbeamte 12 Millionen aufwenden müssen. Dort aber hat man sich mit ganz minimalen Zulagen für einzelne Kategorien der Subalternbeamten begnügt und das ganze Heer der Sekretäre und Sekretariatsassistenten unberücksichtigt gelassen. Wir können daher unmöglich hier die Tarifklasse V vollständig in die Gehaltsverbesserungen aufnehmen, sondern müssen eine Grenze ziehen und zwar vielleicht hinter den Beamten der Lokalverwaltung.

Ich bedauere auch hier, daß man sich nicht zu einer Reform des Besoldungssystems namentlich in der Richtung der allgemeinen Einführung der Dienstalterszulagen entschließen will. In Bezug auf die Minimal- und Maximalgehälter bemängele ich hier ebenso wie bei der preußischen Verwaltung, daß man das Hauptgewicht darauf gelegt hat, die Maximalgehälter zu erhöhen, statt dem Beamten für diejenigen Jahre eine Aufbesserung zu geben, wo er die größten Ausgaben hat und zugleich auch am meisten leistet. Auch die Diätare sind stiefmütterlich behandelt; andererseits wünschte ich, daß die Stellenzulagen aus diesem Nachtragsetat herausgenommen werden, weil die Regierung über die Verwendung derselben im einzelnen noch gar keinen Plan hat.

Ich bin also gern bereit, im Rahmen dessen, was wir in der vorigen Session mit der Regierung selbst vereinbart haben, also im Rahmen der vorhandenen Mittel und in der Beschränkung auf den preußischen Plan das zu bewilligen, was gefordert ist, muß es aber ablehnen, darüber hinauszugehen, weil ich es für unverantwortlich halte, ein Engagement einzugehen bei dieser Vorlage zur Bewilligung neuer Steuern. Das Interesse der Steuerzahler verbietet das durchaus. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Hahn (kons.): Die Vorlage wird in der Budgetkommission auch von uns mit Wohlwollen behandelt werden. Wir werden ebenso wie Herr Singer nur das Nothwendige bewilligen, aber zugleich auch nicht engherzig sein. Bei den Gehaltsverbesserungen wird man natürlich hauptsächlich da vorgehen müssen, wo die Gehaltsverhältnisse ganz besonders unzulänglich sind. Besonders kommen dabei die Tarifklassen V und VI in Betracht. Auch die mittleren Beamten der Tarifklasse V bedürfen der Aufbesserung, und wir werden uns dem nicht entziehen können. Auch die von Herrn Singer zur Aufbesserung empfohlenen Beamten des Statistischen Bureau's gehören zu den mittleren Beamten. Bedenken aber haben wir gegen die Aufbesserung der Tarifklasse III, die höhere Beamte enthält, nicht weil an sich die Erhöhung unbegründet wäre, sondern mit Rücksicht auf die Finanzlage. — Für die Frage der Aufbesserung der Offiziersgehälter können meine Freunde keinen Grund einsehen, warum wir diejenigen Offiziere, welche den Beamten, die aufgebessert werden sollen, entsprechen, ausschließen sollen, wenn nicht andere ausschlaggebende Gründe vorhanden sind. Wir würden also kein Bedenken tragen, die Premier-Lieutenants und Hauptleute II. Kl. zur Erhöhung zu empfehlen. Man kann ja zugeben, daß der Vergleich mit den Civilbeamten nicht überall zutrifft, andererseits werden die Offiziere früher pensionirt, wobei die Pension keineswegs ein entsprechendes Auskommen darstellt. Alle die vom Abg. Richter angeführten Gründe berechtigen nicht, diese beiden Klassen von Offizieren auszuschließen. Diejenigen Offizierskategorien aber, welche über die Tarifklasse IV hinausgehen, können wir nicht in die Erhöhung einbeziehen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Boetticher: Herr Richter hat einen Widerspruch zwischen unserem jetzigen Vorgehen und meinen früheren Erklärungen konstruiren wollen. Ich bin auch heute noch der Meinung, daß das Reich nicht hinter dem Maß von Gehaltserhöhungen in Preußen zurückbleiben kann. Ich habe auch damals erklärt, daß man sich bei jeder Untersuchung über das Maß der Gehaltserhöhungen klar werden müsse, woher die Deckungsmittel kommen. Diese Klarheit hat man sich auf Seiten der Regierung zu verschaffen gesucht. Das Reich kann nicht wie die Einzelstaaten rechnen und sich lediglich an die eigenen Einnahmen halten. Es ist angewiesen auf die Beihilfe der Einzelstaaten dort, wo die Einnahmen nicht ausreichen. Dieser Modus ist besonders seit der Franckenstein'schen Klausel geboten. Die Frage kann nicht die sein: ist das Reich in einer Defizitwirthschaft begriffen, sondern lediglich die: sind die Reichsfinanzen in Verbindung mit den Einzelstaaten ausreichend, um das vorliegende Bedürfniß zu befriedigen? Die Finanzminister der Einzelstaaten haben kein Bedenken getragen, sich dafür zu erklären, daß man so weit geht, wie hier gefordert wird. Ich glaube also nicht, daß man einen Widerspruch mit meinen damaligen Erklärungen konstruiren kann, umsoweniger, als ich nicht habe sagen können, daß man Pfennig um Pfennig pari passu mit Preußen geben soll, sondern nur: was den preußischen Funktionären gewährt wird, darf den Reichsfunktionären nicht versagt werden. Die Frage, ob wir weiter gehen sollen, unterliegt einer vollständig selbständigen Prüfung durch die Reichsregierung, und wir sind darin durch die Einzelstaaten nicht beschränkt. (Sehr richtig! rechts.) Es kann ja auch gar nicht z. B. für Besoldungsverbesserungen der Offiziere das preußische Vorgehen typisch sein, denn die preußische Armee wird aus dem Reichssäckel bezahlt. Werden Verbesserungen in Bezug auf die Armee nöthig, so ist die Prüfung ausschließlich im Reich vorzunehmen. Es ist doch klar, daß jeder Vorgang im Reich in Preußen seine Nachahmung finden wird.

Was die Hilfsarbeiter im Statistischen Amt betrifft, so ist deren Thätigkeit eine mehr mechanische, untergeordnete, im Zerschneiden von Zahlenlisten, Sortiren von Zetteln bestehend, und richtet sich nach dem Bedarf. Die Hilfsarbeiter setzen sich aus allen möglichen Gesellschaftsschichten zusammen. Ich würde es auch gern sehen, wenn die Zahl der Bureaubeamten erhöht und so die Zahl der Hilfsbeamten eingeschränkt wird. Das hat aber auch eine Grenze. Der Bedarf an Hilfskräften ist außerordentlich unregelmäßig. Bei großen Enqueten brauchen wir eine größere Anzahl. Beamte sind diese Personen nicht. Klagen über schlechte Behandlung der Beamten im Statistischen Bureau sind bisher an mich nicht herangetreten. Liegen begründete Beschwerden vor, so wird Abhilfe geschaffen werden, wenn nicht, so muß ich diese Denunziation als eine ganz unwürdige bezeichnen. (Beifall rechts.)

Kriegsminister Verdy du Vernois: Die Stellung der verbündeten Regierungen zu der Anregung des Abg. Richter bezüglich der geringeren Einstellung von Offizieren mit höherer Vorbildung und bezüglich der zu frühen Pensionirung ist bekannt, und ich glaube nicht, daß es jetzt geboten ist, darauf einzugehen. Die Aufbesserung der Offiziersgehälter wird seit langem von der militärischen Verwaltung aufs eifrigste gefordert. Mein Amtsvorgänger hat das Seinige gethan, dies zur Geltung zu bringen. Wir sind von der Nothwendigkeit der Aufbesserungen durch und durch beseelt und betrachten es bereits als einen Fortschritt, daß wir in der Lage sind, Ihnen öffentlich diese Nothwendigkeit nachzuweisen. Allerdings ist hier nicht der Ort dazu. Ich behalte mir das für die Kommissionssitzungen vor.

Bezüglich der als Vorzug betrachteten Erziehung im Kadettenkorps weise ich darauf hin, daß es ein berechtigter Ausgleich ist für die häufige Versetzung der Offiziere, welche sonst genöthigt wären, die Schule für ihre Kinder 5 oder 6 mal zu wechseln. Bezüglich der Pensionirungen liegt es in der Natur des Standes, daß die Offiziere früher in die Lage kommen, pensionirt zu werden, als Civilbeamte. Dazu kommt, daß Offiziere, wenn sie pensionirt sind, weder im Reichs- noch im Staatsdienst eine Verbesserung erwerben können, weil ihre Pension dem Einkommen zugerechnet wird. Das ist eine Ungerechtigkeit, auf deren Beseitigung ich hoffe.

Die Secondelieutnants haben wir herausgelassen, wohl aber müssen die Premierlieutnants berücksichtigt werden. Wo nehmen wir unseren Offiziersersatz her? Am liebsten aus den Söhnen der alten Offiziersfamilien, die Generationen hindurch dem Militär ihre Thätigkeit gewidmet haben. Die Offiziersfamilien sind aber nicht in der Lage, Zulagen lange zu zahlen. Bei den Secondelieutnants müssen sie schon so wie so viele Zuschüsse zahlen, der Premierlieutnant will doch endlich loskommen, will selbständig dastehen, seiner Familie nicht weiter zur Last fallen, und von Hauptleuten und Rittmeistern wissen Sie, daß ihr Dienst ihre ganze Kraft erfordert, dabei sind Hauptleute 1. und 2. Klasse nicht zu trennen. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Wann sollen solche Offiziere eine Familie gründen? Sie stehen oft schon in der Mitte der vierziger Jahre; von ihrem Gehalt können sie es wahrlich nicht. Sollen wir auf Preußen warten? Der Premierlieutenant würde der vierten Tarifklasse entsprechen. Eine solche existirt in Preußen überhaupt nicht. Auf den Satz, daß diejenigen, welche ihr Leben dem Vaterland widmen, ihr ganzes

Für die
Bade-Saison
empfehle ich in grösster Auswahl und zu sehr niedrigen Preisen
Bade-Anzüge
Bade-Mäntel
in allen Grössen,
Frottir-Tücher
Frottir-Stoffe
etc. etc.
J. Lewin,
4. Markt 4.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18900620025/fragment/page=0003

Leben hindurch ausreichend besoldet werden müssen, will ich nicht treten. Denn unser Dienst ist und bleibt ein Ehrendienst. Das aber muß verlangt werden, daß sie innerhalb des Dienstes vor Enthebungen geschützt werden. Die Frage ist eine Frage der Nothwendigkeit und eine Geldfrage. Die Nothwendigkeit wollen wir Ihnen in der Kommission auf das Deutlichste darlegen, den Geldpunkt zu beurtheilen, ist Ihre Sache. (Beifall.)

Abg. Dr. Windthorst (Ctr.): Ich würde alles Gesorderte, für Civil und Militär, bewilligen, wenn die Mittel vorhanden wären. Das Bedürfniß leugne ich nicht; aber man muß sich nach der Decke strecken und die hohen Anforderungen, die an die Steuerkraft des Volkes gestellt sind, berücksichtigen. Schon jetzt haben die Steuerzahler alle Ursache, zu klagen. Man berücksichtigt die Steuerzahler regierungsseitig viel zu wenig. Man muß aber endlich sich die Frage bei allen neuen Anforderungen vorlegen: Können die Mittel aufgebracht werden, ohne daß das Land allmählich verarmt? Nun haben wir erst vor kurzem, von allen unerwartet, große Neuforderungen für die Militärverwaltung bekommen. Ich werde ja alles bewilligen, was nothwendig ist für die Vertheidigung des Vaterlandes, aber nicht weiter gehen. Auf allen andern Gebieten müssen wir uns möglichste Beschränkung auferlegen, schon damit wir die Mittel für jene Militärforderungen beschaffen können. Wir müssen sparen nach allen Richtungen, und der Kaiser hat darin ein gutes Beispiel durch seinen Erlaß an die Offiziere, der diese zur Sparsamkeit anhält, gegeben. Von diesem Standpunkte aus kann ich nicht über das in Preußen Geschehene hinausgehen. Zu einem Mehr reichen die Mittel der Steuerzahler nicht aus. Wenn Sie in das Land gehen, so werden Sie finden, wie ungeheuer die Aufregung im Lande über die neuen Militärforderungen ist. Trotzdem werde ich in Bezug auf diese meine Stellung beibehalten und vertheidigen und es der ganzen Welt darlegen, daß ich in Konsequenz meiner bisherigen Stellungnahme gehandelt habe, und daß alle Ausführungen gegen mich unrichtig waren. Im einzelnen erkenne ich auch das Bedürfniß für die von Herrn Singer erwähnten Kategorien an; aber auch für diese fehlen die Mittel. Einverstanden bin ich damit, daß die Resolutionen des preußischen Abgeordnetenhauses auch hier wiederholt werden. In Bezug auf die Stellenzulagen wäre allerdings für gerechte Vertheilung zu sorgen, damit dieselben nicht zur Belohnung für allerlei zweifelhafte Dienste verwandt werden.

Abg. Rickert (dfr.): Die Neuforderung für Offizlersgehälter muß allgemein befremden. Allerdings hat Herr v. Scholz eine solche bereits einmal angekündigt, und zwar auf eine Interpellation von unserer Seite, zu welchem Zwecke die Einnahmen der Branntweinsteuer verwandt werden sollten; aber damals schon wurde lebhaft dagegen Protest erhoben, und seitdem ist niemals mehr davon die Rede gewesen. Um so unerwarteter kommt die Forderung jetzt, und die Regierung muß sich, wenn sie sich das erlaubt, naturgemäß einer Niederlage aussetzen.

Ich erkenne den Ressortpatriotismus des Herrn Kriegsministers an, aber gegen die Versicherungen, daß diese oder jene Ausgaben absolut nothwendig für die Armee sind, wird man allmählich abgestumpft. Für besonders gefährlich in konstitutioneller Beziehung halte ich die Bewilligung der Stellenzulagen, man darf der Regierung nicht ohne weiteres ein solches Pauschquantum geben.

Der Herr Schatzsekretär hat nur seine Rede aus der Militärkommission wiederholt. Wir können aber unmöglich den von ihm vorgeschlagenen Weg gehen. Was nicht unbedingt erforderlich ist, muß in den Herbst vertagt werden, sonst übernehmen wir ein Engagement für neue Steuern und das ist für mich um so bedenklicher, als über die Art dieser neuen Steuern nicht das Geringste bekannt ist. Eine Ernährung der Kornzölle hat bekanntlich der Schatzsekretär in der Kommission für unmöglich erklärt. Die Zölle, die also am ärgsten drücken, wollen die Herren beibehalten. Unseren früheren Vorschlag auf Einführung einer Reichseinkommensteuer zwecks Heranziehung der Kapitalkräftigeren haben die Herren ja nicht berücksichtigen wollen. Unter diesen Verhältnissen, da wir absolut nicht wissen, mit welchen neuen Steuern die Regierung an uns herantreten wird, muß das nicht unbedingt Nothwendige bis zum Herbst zurückgestellt werden. Wenn wir das nicht thun werden, werden wir in der Herbstsession eine bittere Enttäuschung erleben.

Die heutige Erklärung des Herrn v. Boetticher steht in der That mit seinen früheren Ausführungen in Widerspruch. Denn von einer Rücksicht auf verfügbare Mittel ist nicht mehr die Rede. Die Franckensteinsche Klausel war das konstitutionelle Sicherheitsventil, hervor wir nicht einen konstitutionell gleichwerthigen Ersatz für Matrikularbeiträge hatten. Das Unglück liegt nur in dem Vorgegangen, der die Branntweinsteuer den Einzelstaaten überwiesen und die Täuschung hervorgerufen hat, daß sie thatsächlich den einzigen Vortheil davon hätten.

Unter dem gegenwärtigen Steuersystseme leiden die wichtigsten Gewerbe auf das allerempfindlichste. Unter diesen Umständen dürfen wir derartige Neubelastungen nicht beschließen. Zur Erhaltung der Wehrhaftigkeit gehört auch eine tüchtige Finanzkraft, damit wir in den Tagen der Noth auch das nöthige Kapital haben. Wer auf die Forderungen der Regierung eingeht, übernimmt ein Engagement auf neue Lasten und trägt eine schwere Verantwortung für die Zukunft. (Beifall links.)

Staatssekretär Frhr v. Maltzahn: Früher haben die Regierungen dem Reichstag gesagt, wir müssen Mittel schaffen für spätere Ausgaben, das hat der Reichstag nicht gewollt. Heute wollen wir uns über die Ausgaben zunächst verständigen, und dann die Mittel überlegen, auch das wird nicht acceptirt. Eins kann doch nicht richtig sein. Weiter wurde die Bevölkungserhöhung noch in diesem Jahre gefordert. Jetzt kommt Herr Rickert und klagt, daß der Reichstag noch im Juli um solcher Dinge willen tagen soll. Für die Regierungen ist es doch auch nicht angenehm, in dieser Zeit zu arbeiten. Es ist doch auch wahrlich kein Vergnügen, neue Steuern einzuziehen. Es ist nicht richtig, daß die Vorlage nur gemacht ist um der Offiziersgehälter willen. Die Summen für die Offiziersgehälter nehmen nur einen kleinen Theil der Forderung ein. Die Stellenzulagen bitte ich nicht zu streichen. Nach dem Vorgang von Preußen mußten wir sie vorschlagen, sonst wären Unebenheiten entstanden. Werden die Stellenzulagen gestrichen, so würde eine völlige Umarbeitung der Vorlage nöthig sein.

Ab. Dr. Miquel (nl.): Wäre es wirklich wahr, daß 60 Mill. Mehrausgaben sich ergeben werden, so wäre es noch nicht nöthig, durch Reichssteuern die Deckung zu suchen. Es kann auch durch direkte Steuern in den Einzelstaaten geschehen. Wir engagiren uns also nicht, wenn wir jetzt die Vorlage bewilligen.

Das Schicksal dieser Vorlage scheint mir besiegelt. Der Reichstag wird nicht weiter gehen als Preußen es gethan hat. Das innere Bedürfniß zum Weitergehen aber, auch für die Besoldung der Offiziere ist auf keiner Seite bestritten worden. Nur die Rücksicht auf die parlamentarische und die allgemeine Lage hält ab, weitere Erhöhungen vorzunehmen. Für die Zukunft also ist diese Entscheidung nicht definitiv. Nachdem Preußen bestimmte Klassen aufgebessert hat, welche den Offizieren nicht entsprechen, so folgt daraus, daß auch im Reich für diesmal die Offiziere ausfallen müssen.

Geboten scheint mir die Einstellung des Dispositionsfonds für Stellenzulagen zur Ausgleichung von Ungleichheiten. Nur müssen Grundsätze über die Vertheilung vereinbart werden. Die Budgetkommission muß ihre Kraft darauf verwenden, solche Grundsätze zu finden.

Die Resolution des Abgeordnetenhauses auf eine anderweite Normirung des Einkommens muß ich entschieden unterstützen. Unter dem jetzigen System leidet bei der Unsicherheit des Einkommens bei Wechsel des Wohnorts u. s. w. die Sicherheit und das Interesse des Dienstes. Der Beamte wird zufrieden sein, wenn er die Sicherheit eines regelmäßigen stufenmäßigen Aufsteigens hat. Auch empfehle ich die Resolution bezüglich der Verrechnung der etatsmäßigen Stellen.

Abg. Dr. Rzepnikowski (Pole) spricht sich gleichfalls für die Vornahme von Gehaltsaufbesserungen in dem von Preußen beschlossenen Umfange aus.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird an die Budgetkommission verwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (Gewerbegerichtsvorlage). Schluß 4 Uhr.

Halle, den 19. Juni.

Knappschafts-Berufsgenossenschaft.

Nach dem Verwaltungsberichte des Vorstandes der IV. Sektion vorgenannter Berufsgenossenschaft für 1889 wurden von den im Bereiche der Sektion im Betriebe gewesenen 641 Werken mit 54,887 Arbeitern 3095 Unfälle gemeldet, wovon 112 tödtlichen Ausgang nahmen und 205 mit Erwerbsunfähigkeit von über 13 Wochen verbunden waren. Die Unfälle vertheilen sich auf die einzelnen Industriezweige wie folgt:

	Zahl der Unfälle	Zahl der versich. Pers.	Es beträgt die Zahl der Unfälle auf 1000 versicherte Personen überhaupt	mit tödtl. Ausg.	unfähigkeit üb. 13 Woch.	m. Erwerbs-
Steinkohlenbergbau	5	143	34·97	6·99	13·98	
Braunkohlenbergbau	1155	26,674	43·31	2·59	3·89	
Eisenerz-, metallische Gruben u. Metallhütten	1488	18,313	81·25	1·04	2·89	
Salzbergbau u. Saline	419	8,190	51·14	2·69	5·37	
Andere Mineralgewinne	28	1,567	17·87	0·64	3·19	

Als Unfallumfsachen wurden festgestellt: Gefährlichkeit des Betriebes bei 113 Unfällen, Mängel des Betriebes im besonderen 36, Schuld von Mitarbeitern 15, Schuld der Verletzten selbst bei 154 Unfällen und zwar: Nichtbenutzung von Schutzvorrichtungen 7, Handeln wider Anweisung 29, Ungeschicklichkeit 30, Unachtsamkeit 81, Unkenntniß der Gefahr 2, offenbarer Leichtsinn 5. Die Zahl der Verletzten, für welche Entschädigungen festgestellt worden sind, betrug in 1889 206, aus den Vorjahren war ein Bestand von 246 vorhanden, zusammen 452; davon schieden 98 durch Wiedergenesung und 2 durch Tod aus, so daß am Schlusse des Jahres 352 Rentenempfänger verblieben. Weiter waren am Schlusse des Jahres 231 Wittwen, 559 Kinder und 8 Ascendenten vorhanden, welche Rente erhielten. An Unfallentschädigungen wurden 202,031.56 M. gezahlt. Die Verwaltungskosten der Sektion betrugen 37,773.16 M. Zu den Rücklagen wurden 215,787.30 M. gelchrieben. Im ganzen betrug die Summe der Umlage 473.557.39 M. An anrechnungsfähigen Löhnen sind 1889 44,714,675 M. gezahlt. Bei 54,887 Personen, welche in den Betrieben der Sektion im Jahre 1889 durchschnittlich beschäftigt und versichert waren, stellt sich die Gesammtumlage pro Kopf auf 8·63 M. Von den 37,773.16 M. Verwaltungskosten der Sektion entfallen 68.82 auf den Kopf der versicherten Person oder 84·48 Pf. auf 1000 M. der anrechnungsfähigen Löhne; auf 100 M. Unfallentschädigungen entfallen 8.75 M. Verwaltungskosten. Von der Versicherungsberechtigung haben 26 Betriebsbeamte, 2 Marktscheider und 9 Genossenschaftsmitglieder mit einer Versicherungssumme von zusammen 278.227 M. Gebrauch gemacht. Dem Berichte ist eine Lohnstatistik beigefügt, diejenigen erwachsenen Arbeiter umfassend, deren täglicher Arbeitsverdienst 4 M. nicht übersteigen hat. Aus der Uebersicht geht hervor, daß die Löhne der Arbeiter in allen Betrieben, mit Ausnahme der in den Kaliwerken und bei Tiefbohrungen beschäftigten, gegen das Vorjahr gestiegen sind.

Die Enthüllung des Mendelssohndenkmals in Dessau.

(Bericht der Saale-Ztg.)

*** Dessau, 18. Juni.

Die auf heute mittag 12½ Uhr angesetzte Enthüllung des Denkmals hatte eine große Menge Zuschauer nach den Anlagen am Bahnhof geführt. Der Festplatz war durch fahnenwogende Masten abgegrenzt, hinter dem Denkmal nach Norden zu war eine Tribüne für die Sänger errichtet. Vor dem Denkmal war die Rednertribüne erbaut, welcher gegenüber sich die festlich geschmückten Tribünen für die fürstlichen Herrschaften und für geladene Gäste befanden. Punkt ½1 Uhr fuhren der Herzog, der Erbprinz, Prinz Aribert und Prinz Friedrich Karl von Hessen in einem vierspännigen Wagen mit Spitzreiter vor, es folgten alsbald die Frau Prinzessin Friedrich Karl von Preußen, die Frau Herzogin, die Erbprinzessin und Prinzessin Alexandra. In den weiteren Wagen erschienen Prinz Eduard, Prinzessin Friedrich, die Gräfin Reina und die zum Hofstaat gehörigen Personen, der Oberhofmarschall v. Berenhorst, Oberhofmeister v. Trotha. Die Herrschaften wurden von dem Denkmalsausschuß, an dessen Spitze Hr. Oberbürgermeister Funk stand, begrüßt und nach der Tribüne geleitet. Zur rechten und zur linken Seite dieser Schaubühne nahmen die Spitzen der Staatsbehörden, des Militärs, der Gemeinderath und Vertreter der israelitischen Gemeinden des Herzogthums und dessen näheren Umgegend Aufstellung. Als Vertreter der Familie Mendelssohn war der Chef des gleichnamigen Bankhauses aus Berlin erschienen.

Die Feier leitete ein unter der Leitung des Hofkapellmeisters a. D. Thiele stehender Männerchor von etwa 100 Personen ein, indem er unter Orchesterbegleitung nach einer Komposition von Felix Mendelssohn-Bartholdy einen von Geh. Hofrath Hosäus hier gedichteten Chorgesang „Zu ernster Feier steige herab, o Geist der Ruh" vortrug. Hr. Professor Lasson aus Berlin bestieg hierauf die Rednertribüne und entwickelte in fast halbstündiger Rede die Verdienste, welche Moses Mendelssohn sich nicht nur um sein Volk, sondern um ganz Deutschland erworben hat. Bei dem Chorgesang „Laßt fallen nun die Hülle und nehmt hinweg den Bann", ebenfalls ein Gedicht von Hofrath Hosäus und komponirt vom Hofkapellmeister Thiele hier — fiel die Umkleidung und prächtig zeigte sich das Denkmal den Blicken der Menge. Der Landesrabbiner Dr. Weiße führte in seiner hierauf folgenden Rede die Verdienste Mendelssohns nach der Inschrift, welche die Figur der Philosophie am Denkmal in dem aufgeschlagenen Buche trägt, „Duldsamkeit, Glaube, Unterschrieben" vor und ersuchte den Vertreter der Stadt, das Denkmal zu übernehmen und auf immer zu bewahren. Oberbürgermeister Funk versprach im Namen der Stadt, das Denkmal zu übernehmen und führte im Laufe seiner Rede die Geschichte des Denkmals an. Ein Vortrag des Sängerchors „Unsrer Feier flücht'ge Stunde wie ein schöner Traum entflieht," nach einer Komposition von Mendelssohn-Bartholdy und einem Gedicht von Hosäus schloß die Feier, wie sie der Festentwurf vorschrieb. Oberbürgermeister Funk brachte noch den Dank der Versammlung an den Herzog, welcher das Werk gefördert, durch ein Hoch auf das herzogliche Haus zum Ausdruck. Die herzoglichen Herrschaften ließen sich den Schöpfer des Denkmals, Bildhauer Heinz Hoffmeister aus Berlin vorstellen, besichtigten das Denkmal und unterhielten sich längere Zeit mit den Ausschußmitgliedern, den Abordnungen ꝛc. Gegen ½2 Uhr verließen die höchsten Herrschaften den Festplatz, im Bahnhofssaale schloß sich hieran ein Festmahl, an dem etwa 60 Personen theilnahmen.

Gerichtsverhandlungen.

Der Hecklinger Wahlkrawall vor dem Schwurgericht.

I.

Δ Dessau, 18. Juni.

In heutiger Schwurgerichtssitzung wurde mit der Verhandlung der Hecklinger Landfriedensbruchssache, die sich während der Vorbereitungen zu der Reichstagswahl am 20. Febr. in Hecklingen abspielte, begonnen. Die „Saale-Zeitung" hat s. Z. hierüber ausführliche Mittheilungen gebracht.

Auf der Anklagebank erschienen: 1. der Fabrikarbeiter Christian Wegener aus Hecklingen, 2. der Fabrikarbeiter Heinrich Deutrich, 3. der Handarbeiter Christoph Busse, 4. der Schachtarbeiter Wilhelm Köppner, 5. der Kupferschmied Otto Genz, 6. der Arbeiter August Burghardt, 7. der Maschinenwärter Ernst Kiel, 8. der Schachtarbeiter Friedrich Braun, 9. der Ziegelarbeiter Hermann Tepper, 10. der Futterknecht Karl Hinze, 11. der Arbeiter August Scharge, 12. der Hofknecht Friedrich Schweinsburg aus Gramsdorf, 13. der Schuhmacher Karl Hinze, 14. der Schneidermeister Hermann Lier, 15. der Schachtarbeiter Gottlieb Schäfer, 16. der Kalkbrenner Ernst Scheuer, 17. der Ziegelelarbeiter Friedrich Fricke, 18. der Fabrikarbeiter Gottlieb Kinne, 19. der Arbeiter Karl Richmann, 20. der Steinbruchsarbeiter Karl Nisleben, 21 der Ziegelelarbeiter Friedrich Henning, sämmtlich aus Hecklingen. Die Angeklagten sind zum großen Theil vorbestraft, z. T. vorbestraft.

Die Vertheidigung der Angeklagten führen die Rechtsanwälte Stadthagen-Berlin, Campe und Follgrabe von Bernburg und Barthels, Frenckel, Medicus und Langwagen von hier.

Die Angeklagten stehen unter der Anklage: am 20. Febr. d. J. in Hecklingen, als eine Menschenmenge sich zusammenrottete und mit vereinten Kräften gegen Personen und Sachen Gewaltthätigkeiten beging, an dieser Zusammenrottung theilgenommen zu haben und zwar sollen Hinze, Scharge, Schweinsburg, Wegener, Deutrich, Busse, Köppner, Genz, Burghardt, Kiel und Braun Gewaltthätigkeiten gegen Personen, Wegener, Deutrich, Busse, Köppner, Genz, Burghardt, Kiel, Braun und Tepper außerdem als Rädelsführer thätig gewesen sein. Es sind 35 Personen als Zeugen geladen, doch werden dieselben sofort wieder entlassen, da die Vernehmung erst morgen stattfinden soll.

Den allgemein bekannten Sachverhalt wollen wir kurz wiederholen: Infolge agitatorischer Umtriebe war bei der Reichstagswahl am 20. Febr. die Stimmung eines Theils der Wähler in Hecklingen eine sehr erregte und die Erregung wuchs gegen Ende des Wahlgeschäfts. In beiden Wahllokalen waren gegen Beendigung der Wahl Rubestörungen vorgekommen, doch erreichte der Krawall seinen Höhepunkt, als im Lücke'schen Wahllokale, wo der Fabrikbesitzer Wüstenhagen aus Hecklingen Wahlvorsteher war, das Ergebniß der Wahl festgestellt werden sollte. Diese Beschäftigung des Wahlvorstandes wurde durch lautes Dazwischenreden gestört, es fielen Schimpfworte gegen die Mitglieder des Wahlvorstandes und der Tumult wuchs derart, daß die anwesenden Polizeibeamten gegen die große im Wahllokale versammelte Menschenmenge machtlos waren und die Ruhe nicht wieder herstellen konnten. Die Zahl der Lärmenden wuchs, der Wahlvorstand wurde bedroht und der Wahltisch umgeworfen, Stühle wurden zertrümmert, Biergläser geworfen und es blieb dem Wahlvorstande schließlich nichts übrig, als die Flucht zu ergreifen, nachdem noch dem Wahlvorsteher Wüstenhagen der Rockärmel abgerissen worden war. Einigen Mitgliedern des Wahlvorstandes war es nicht möglich das Wahllokal auf gewöhnlichem Wege zu verlassen, sie mußten der drohenden Haltung der Menge wegen durch die Gärten flüchten.

Die Angeklagten schieben die Schuld auf andere nicht ermittelte und daher nicht unter Anklage gestellte Personen, die sie verführt und zumeist auch die Thätlichkeiten verübt hätten. Einige der Angeklagten erinnern sich der Vorgänge nicht mehr genau und bestreiten zum Theil Gewalt gegen Personen oder Sachen angewendet zu haben. Die morgen stattfindende Beweisaufnahme wird daher die Thätigkeit der einzelnen Angeklagten bei dem Krawalle festzustellen haben. Gegen 1 Uhr mittags war die Vernehmung der Angeklagten beendet und damit wurde die Verhandlung auf morgen früh vertagt.

Waaren- und Produktenberichte.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

* **Berlin**, 18. Juni. (Amtl.) Rüböl per 100 kg mit Faß. Termine wenig verändert. Gek. — Ctr. Kündigungspreis — M. Loco ohne Faß —,—, per diesen Monat 69,2 M., per Juni-Juli 63 bez., per Juli-Aug. —,— bez., per Aug.-Sept. —,— bez., per Sept.-Okt. 56,4—56—,3 bez., per Okt.-Nov. —,— bez.

* **Stettin**, 18. Juni. Rüböl ruhig, per Juni 71,00, per Sept.-Okt. 55,50 M.

* **Breslau**, 18. Juni. Rüböl per Juni 72,00, per Sept.-Okt. 58,00.

* **Köln**, 18. Juni. Rüböl loco 72,00, per Okt. 56,00.

* **Hamburg**, 18. Juni. Rüböl (unverzollt) ruhig, loco 70,00.

* **Paris**, 18. Juni. (Kündigungsbez.) (Telegr.) Rüböl behauptet, per Juni 69,75, per Juli 69,25, per Juli-Aug. 68,50, per Sept.-Dez. 67,75.

* **Paris**, 18. Juni. (Schlußber.) (Telegr.) Rüböl behauptet, per Juni 70,00, per Juli 69,25, per Juli-Aug. 68,50, per Sept.-Dez. 68,50.

* **Hull**, 18. Juni. (Telegr.) Leinkuchen per Aug.-Dez. 11½ à 11½ L.

* **Rotterdam**, 18. Juni. (Telegr.) Raps per Herbst —. Rüböl loco 33, per Herbst 29½, per Mai 1891 30¼.

* **Petersburg**, 17. Juni. (Telegr.) Talg loco 46,50, per Aug. 44,00.

* **New-York**, 17. Juni. (Telegr.) Schmalz loco 6,10, do. (Rohe & Brothers) 6,50.

Hülsenfrüchte.

* **Berlin**, 17. Juni. (Pol.-Präs.) Erbsen, gelbe zum Kochen, 21—35 M., Speisebohnen, weiße 20—40 M., Linsen 24—56 M. per 100 kg.

* **Berlin**, 18. Juni. (Amtl.) Mais per 1000 kg. Loco behauptet. Termine still. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. Loco 110—114 M. nach Qual., per diesen Monat und per Juni-Juli 108,5 bez., per Juli-Aug. 109 bez., per Aug.-Sept. — bez., per Sept.-Okt. 111,75 bez., per Okt.-Nov. 113 M.

Erbsen per 1000 kg. Kochwaare 170—200 M. Futterwaare 154—164 M. nach Qualität.

* **Leipzig**, 17. Juni. Mais per 1000 kg netto amerikanischer 117 M. bez. u. Br.

* **Danzig**, 17. Juni. Erbsen —.—.

* **Königsberg**, 17. Juni. Weiße Erbsen unverändert.

* **Wien**, 18. Juni. (Telegr.) Mais per Mai-Juni 5,27 Gd., 5,32 Br., per Sept.-Okt. 5,47 Gd., 5,52 Br.

* **Pest**, 18. Juni. (Telegr.) Neuer Mais per Juni 5,09 Gd., 5,10 Br, per Juli-Aug. 5,09 Gd., 5,10 Br.

* **Liverpool**, 17. Juni. (Telegr.) Mais unverändert.

* **London**, 18. Juni. (Telegr.) Mais fest.

* **New-York**, 17. Juni. (Telegr.) Mais (New) per Juli 41½.

* **New-York**, 16. Juni. (Telegr.) Visible Supply an Mais 16,204,000 Bushel.

Futterartikel ꝛc.

Hamburg, 17. Juni. Palmkuchen, deutsche 110 M. Cocosnußkuchen deutsche 150—155 M., Baumwollsaatkuchen 115—120 M., Erdnußkuchen 135—155 M. je nach Anal., Rapskuchen 120—130 M., Leinkuchen 140—145 M., Palmkernschrot 95—100 M., für 1000 kg. Rüböl still, loco 70,00 M. Br. Leinöl still, loco 51,50 M. Br.

Stroh. Heu.

* **Berlin**, 17. Juni. (Pol.-Präs.) Richtstroh 5,80—6,00 M., Heu 5,00—6,40 M., per 100 kg.

* **Nordhausen**, 17. Juni. (Amtl.) Stroh 4,25—4,75, Heu 5,00—6,00 M.

Wolle.

* **Leipzig**, 18. Juni. Kammzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. per Juni 4,15, per Juli 4,12½, per Aug. 4,10, per Sept. 4,17½, per Okt. 4,17½, per Nov. 4,17½, per Dez. 4,17½, per Jan. 4,12½, per Febr. 4,12½, per März 4,12½, per April 4,10, per Mai 4,10 M. Umsatz 145,000 kg. Unregelmäßig.

La Plata Contract C. Juni-Juli 4,35, weitere Monate 4,40 M.

* **Manchester**, 17. Juni. (Telegr.) 12r Water Taylor 7½, 30r Water Taylor 9½, 20r Water Leigh 8½, 30r Water Clayton 9½, 32r Mad Brooke 9½, 40r Mayoll 10½, 40r Medio Wilkinson 11½, 32r Warpcops Lees 8½, 36r Warpcops Rowland 9½, 40r Double Weston 10½, 60r Double Courante Qualität 13½, 32" 116 yds 16 × 16 grey Printers aus 32r/40r 13.

Stetig.

Telegraphische Schiffsnachrichten.

* **Hamburg**, 17. Juni. Der Postdampfer „Thuringia" der Hamb.-Am. P.-A.-G. ist, von Hamburg kommend, am 16. d. in St. Thomas eingetroffen.

* **London**, 16. Juni. Der Union-Dampfer „Dane" ist heute auf der Heimreise in Southampton und der Union-Dampfer „Arab" gestern auf der Ausreise in Kapstadt angekommen. Der Union-Dampfer „Spartan" ist heute auf der Ausreise von Lissabon angegangen.

* **London**, 17. Juni. Der Castle-Dampfer „Melrose" ist gestern auf der Ausreise in Durban (Natal) angekommen.

* **London**, 17. Juni. Der Union-Dampfer „Anglian" ist heute auf der Heimreise in Southampton angekommen.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18900620025/fragment/page=0004